

P-02 Präambel-Neu

Antragsteller*in: Karl-Wilhelm Koch (Vulkaneifel KV)
Tagesordnungspunkt: P Präambel
Status: Zurückgezogen

- 1 Liebe Bürgerinnen und Bürger, liebe Freundinnen und Freunde der grünen Bewegung,
2 am 24. September ist Bundestagswahl. Vor allem Weiteren eine Bitte: Diskutieren Sie
3 mit,
4 mischen Sie sich ein, gehen Sie wählen. Und wenn Sie unsere Ziele teilen: treten Sie
5 mit uns
6 für die Werte ein, die unser Land und Europa stark gemacht haben, die uns weit über
7 Partei-
8 und Ländergrenzen hinweg verbinden: Demokratie und Menschenwürde, Freiheit und
9 Mitmenschlichkeit.
10 Und helfen Sie uns da nachzubessern, wo noch manches im Argen liegt: etwa bei der
11 Kinderarmut, der Bildung, den Renten, der sozialen Gerechtigkeit, der Abschaffung der
12 Hartz-
13 IV-Sanktionen, den Stopp der Rüstungsexporten, der Beendigung der Out-of-Area-
14 Einsätze der
15 Bundeswehr im Rahmen des Krieges gegen den Terror, der Umsetzung der Klimaziele
16 ...
17 Unsere demokratischen, humanistischen europäischen Werte schienen uns bis eben
18 noch
19 selbstverständlich. Nun werden sie bei uns, in etlichen Ländern Europas und vielen
20 Teilen
21 der Welt massiv in Frage gestellt. Nationale Eigensucht kehrt zurück. Gleichzeitig spitzt
22 sich die ökologische Krise zu und Europa ist in monetärer, sozialer und wirtschaftlicher
23 Hinsicht tief gespalten. Millionen Menschen sind auf der Flucht vor Krisen,
24 Hungersnöten und
25 regionalen und globalen Stellvertreterkriegen, die nur zu oft auch durch ökonomische
26 Interessen unserer westlichen Industrieländer befördert wurden.
27 Die Entscheidung über die Zukunft liegt bei uns. Wir können so wirtschaften, dass Luft
28 und
29 Wasser sauber bleiben bzw. wieder sauber werden, so dass wir die Grundlagen
30 unseres Lebens
31 auch für die kommenden Generationen erhalten. Wir können unseren Teil dazu
32 beitragen, dass
33 weltweit Fluchtursachen bekämpft werden und nicht die Flüchtenden. Wir müssen es
34 „nur“ tun!
35 Die Große Koalition blockiert beim Klimaschutz, würgt die Energiewende ab und
36 verpasst die
37 Chancen auf zukunftsfähige Jobs. Auf neue Bedrohung reagiert sie mit immer
38 schärferen
39 Gesetzen statt mit Problemlösungen. Deshalb gehört sie abgewählt!

25 Millionen Bürgerinnen und Bürger haben in den vergangenen Jahren geholfen,
26 Menschen auf der
27 Flucht Schutz und eine neue Heimat zu bieten. Hunderttausende sind aufgestanden
28 gegen eine
29 neolibérale Handelspolitik, die Profite für Großkonzerne über das Wohl der Menschen
30 und der
31 Umwelt stellt. Eltern rackern sich ab, um ihren Kindern eine bessere Zukunft zu
32 ermöglichen.
33 Diese Menschen sind unser Antrieb.

34 Wir sind die erste Generation, die die Auswirkungen der Klimakrise spürt – und die
35 letzte,
36 die etwas dagegen tun kann. Deshalb müssen wir jetzt konsequent die als richtig
37 erkannten
38 Gegenmaßnahmen umsetzen. Wir machen die Energiewende wieder flott, steigen aus
39 der Kohle
40 aus, fördern die abgasfreie Mobilität. Wir machen Schluss mit industrieller
41 Massentierhaltung und landwirtschaftlichen Monokulturen. Mit uns gibt es gutes Essen
42 ohne
43 Gift und Gentechnik.

44 Deutschland ist ein reiches Land. Trotzdem ist das Einkommen vieler Menschen sehr
45 niedrig,
46 andere haben aber unanständig hohes Einkommen und/oder viel Vermögen. Sehr viele
47 Menschen
48 haben keine Arbeit und sind arm. Manche Menschen haben eine Arbeit und sind
49 trotzdem arm.
50 Besonders schwer haben es Alleinerziehende, Menschen mit Behinderung oder
51 Menschen aus
52 anderen Ländern. Seit vielen Jahren werden immer mehr Menschen ungerecht
53 behandelt. Wir
54 möchten das Vermögen so umverteilen, dass alle Menschen in Deutschland besser
55 leben können.

56 Die Menschen bekommen weniger Unterstützung vom Staat. Viele soziale Leistungen
57 sind gekürzt
58 worden. Das Geld zum Leben wird weniger. Das gleiche gilt für die Rente: So werden in
59 vielen
60 Städten die Mieten für Wohnungen immer teurer. Gleichzeitig zahlen etliche große
61 reiche
62 Firmen wenig oder gar keine Steuern. Diese Regierung unterstützt reiche
63 Unternehmen, die
64 wiederum mit ihren Lobbyisten bereits politische Entscheidungen bestimmen.

65 Niemand sollte Angst vor Armut haben. Deshalb brauchen wir eine gerechte Politik,

- 66 • in der die Menschen besser sozial abgesichert sind
- 67 • bei Krankheit oder Arbeitslosigkeit nicht verarmen
- 68 • Arbeitnehmer und Arbeitnehmerinnen, Menschen ohne Arbeit, Rentner und
69 Rentnerinnen, Kinder
- 70 und ihre Familien, Menschen mit Behinderung, Menschen, die bei uns Schutz suchen,

Menschen

52 mit kleinen eigenen Betrieben mehr Rechte bekommen

53 • die der Staat mehr Geld für mehr Personal (z.B. für Kitas, Schulen, Hochschulen, für die

54 Pflege und das Gesundheitswesen, für Kultur- und Sportangebote und für die Jugendarbeit)

55 lässt

56 • die genug bezahlbare Wohnungen schafft

57 • die dafür sorgt, dass starke Schultern mehr tragen, um z.B. den Bau von neuen Schulen und

58 Straßen bezahlen.

59 • die jeglichen Steuerbetrug massiv und mit harten Strafen bekämpft und dafür

60 das dringend benötigte Personal aufstockt, weil es sich mehr als selbst finanziert

61 • die europäische und weltweite Steueroasen bekämpft, so dass multinationale Unternehmen

62 ihre Steuern für ihren Umsatz im jeweiligen Land zahlen und die Gesellschaft nicht länger um

63 Milliarden prellen können.

64 Wir streiten für eine Gesellschaft, in der alle frei leben können, in der jeder Mensch glauben kann, was er will, und lieben kann, wen er will. Eine Gesellschaft, in der Frauen

66 für ihre Arbeit genauso gut bezahlt werden wie Männer, in der wir uns vor Terrorismus,

67 rechtsextremer Gewalt und Kriminalität schützen, ohne dabei unsere Freiheit aufzugeben. Wir

68 streiten dafür, dass Deutschland weiterhin Menschen, die auf der Flucht vor Krieg und Gewalt

69 sind, Schutz und Heimat bietet. Das Zusammenleben von Menschen verschiedener Herkunft,

70 Religion und Kultur bringt uns weiter, aber es verlangt auch allen etwas ab. Das Grundgesetz

71 und seine Werte gelten für alle. Keine Toleranz der Intoleranz! Wir setzen uns für

72 Weltoffenheit und Willkommenskultur ein.

73 All das erreichen wir nur in einem vereinten Europa des Friedens und der Freiheit. Weil Europa unsere Heimat und unsere Zukunft ist, werden wir es mit aller Kraft gegen Hassprediger und Nationalismus verteidigen und uns stark machen für ein Europa, das nach

76 innen und außen solidarisch zusammenarbeitet und gemeinsam handelt. Nur dann können wir

77 helfen, die Konflikte in unserer Nachbarschaft zu lösen, den Terrorismus bekämpfen und die

78 Fluchtursachen vermindern. Wir wollen uns den Problemen der Welt zuwenden und Verantwortung

79 für deseskalierende und friedliche Konfliktbeilegung übernehmen, statt Grenzzäune zu bauen

80 und die Rüstungsspirale zu beschleunigen.

81 In elf Landesregierungen, in etlichen Kommunen arbeiten grüne Ministerinnen und
Minister,
82 Landräte und Bürgermeisterinnen bereits an diesen drängenden Problemen: für eine
tier- und
83 umweltfreundliche Agrarpolitik, für Klimaschutz, ob bei der Energieversorgung oder
beim
84 Verkehr, engagiert für mutige und innovative Unternehmen, für gute Schulen und eine
gut
85 ausgestattete Polizei. Für eine durchgreifende Wende müssen die Stellschrauben
grundlegend
86 anders in der Bundesregierung gestellt werden. Unser Land ökologischer, weltoffener,
87 gerechter machen – das ist unser Anspruch an eine grüne Regierungsbeteiligung.
Dafür treten
88 wir an!

89 Es gibt keine Abkürzungen zu einem besseren Morgen. Viele Wege führen über
Kompromisse, oft
90 hilft aber nur Widerstand und Konsequenz. Die Ziele sind für uns jedoch klar. Wir
91 beschreiben sie Ihnen mit diesem Programm. Für andere Ziele gibt es andere Parteien.
92 Unsere Ziele weisen einen Weg in eine ökologische, friedliche, weltoffene und gerechte
93 Zukunft für uns, unsere Kinder, unsere europäischen Nachbarn und für Menschen
anderswo in
94 der Welt. Lassen Sie uns diesen Weg gemeinsam gehen! Stimmen Sie am 24.
September 2017 für
95 BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN!

Begründung

Die Präambel ist der wichtigste Teil, dieser wird vornehmlich gelesen werden. Daher macht es Sinn sich hier kurz und kompakt an die Wähler*innen zu wenden und zu den Zielen zu äußern. Die Zielsetzung in sozialen Fragen wurde zudem geschärft ...

Unterstützer*innen

Ralf Henze (Odenwald-Kraichgau KV); Klemens Griesehop (Berlin-Pankow KV); Claudia Laux (Bernkastel-Wittlich KV); Thomas Dyhr (Brandenburg LV); Barbara Poneleit (Forchheim KV); Fritz Lothar Winkelhoch (Oberberg KV); Andrea Münnekehoff (Oberberg KV); Andrea Piro (Rhein-Sieg KV); Kerstin Dehne (München KV); Simon Lissner (Limburg-Weilburg KV); Horst Schiermeyer (Görlitz KV); Andreas Knoblauch (Salzgitter KV); Joachim Behncke (Berlin-Steglitz/Zehlendorf KV); Werner Weindorf (München KV); Manuel Mörs (Schleswig-Flensburg KV); Stephan Wiese (Stormarn KV); Robin Luge (Harz KV); Ingrid Täger (Recklinghausen KV); David Allison (Reutlingen KV); Andreas Diebold (Heidelberg KV)